

Sitzungsniederschrift

34. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Seminarhotel Aurich, Raum Borkum, Grüner Weg 2, 26605 Aurich		
Sitzungsdatum: 07.12.2020	Sitzungsbeginn: 15:03 Uhr	Sitzungsende: 16:31 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Akkermann, Hermann	SPD	
Bargmann, Bodo	CDU	
Constant, Franz	AKSBG	
Harms, Antje	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Kleinert, Ingeborg	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	BWM	
Strömer, Wilhelm	FW	Vertretung für Herrn Rainer Feldmann
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Verwaltung		
Bartelt, Klaus-Georg		Amtsleiter Technisches Gebäude- management
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Hayen, Matthias		Amtsleiter Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche

Kleen, Holger	Amtsleiter Innerer Dienst, bis 15.08 Uhr, TOP 6
Kleen, Jens	Amtsleiter Schulamt
Meinen, Olaf	Landrat
Saathoff, Irene	Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Feldmann, Rainer	Feldmann/Trei
Looden, Holger	AfD
Siebels, Wiard	SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung
2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 02.12.2020
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Aurich Vorlage: IX/2020/213
7.	Gewährung einer Sonderzuwendung an die kreisangehörigen Kommunen Vorlage: IX/2020/236
8.	Antrag der CDU-Fraktion auf Senkung der Kreisumlage Vorlage: IX-AF/2020/034
9.	Erste Beratung des Haushaltsplanes 2021 (Vorstellung des Investitionsplanes)
10.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
11.	Einwohnerfragestunde
12.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.03 Uhr die 34. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Strömer nahm für den Abgeordneten Feldmann und Abgeordneter Jan-Adolf Looden nahm für den Abgeordneten Holger Looden an der Sitzung teil. Abgeordnete Kleinert vertrat den Abgeordneten Siebels.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Fassung festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 02.12.2020**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Aurich**
Vorlage: IX/2020/213

Abgeordneter Meyerholz bedankte sich bei den Mitarbeitenden des Inneren Dienstes für die unbürokratische Einarbeitung der in der Sitzung des Finanzausschusses am 02.12.2020 angesprochenen und im Nachgang thematisierten Änderungen in die Beteiligungsrichtlinie. Er begrüßte die unter Ziffer 3.9 (Seite 14) enthaltenen Fristen und forderte auch die entsprechende Einhaltung.

Abgeordneter Strömer wollte wissen, ob die Inhalte der Beteiligungsrichtlinie auch mit dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmt worden seien.

Landrat Meinen informierte, dass das Rechnungsprüfungsamt in den Prozess der Erstellung der Beteiligungsrichtlinie von Anfang an eingebunden worden sei. Die Aufgabe des Beteiligungsmanagements bestehe u.a. darin, Risiken für die Zukunft zu erkennen



und ein einheitliches Berichtswesen aufzubauen. Es sei nicht die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes das Beteiligungsmanagement sicherzustellen.

Herr H. Kleen verließ den Sitzungsraum um 15.08 Uhr.

Der Kreistag beschließt die der Beschlussvorlage IX/2020/213 als Anlage beigefügte Beteiligungsrichtlinie des Landkreises Aurich.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 7 **Gewährung einer Sonderzuwendung an die kreisangehörigen Kommunen**
Vorlage: IX/2020/236

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel erkundigte sich, ob in dem Überschuss des dritten Budgetberichtes 2020, der in der letzten Woche vorgestellt wurde, die außerplanmäßigen Aufwendungen für die Bewältigung der Corona-Pandemie in Höhe von 3 Mio. € enthalten seien. Außerdem wollte sie wissen, ob die zwischen den Tarifvertragsparteien vereinbarte Corona-Sonderzahlung in dem Überschuss bereits berücksichtigt worden sei und ob alle Beschäftigten des Landkreises diese Zahlung erhalten würden.

Frau Saathoff sagte, dass die außerplanmäßigen Aufwendungen in dem Betrag nicht berücksichtigt seien. Vom hierfür zur Verfügung stehenden Ansatz in Höhe von 3 Mio. € seien bisher ca. 1,6 Mio. € für die Bewältigung der Corona-Pandemie verausgabt.

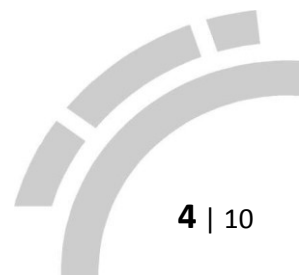
Die Corona-Sonderzahlung an die Tarifbeschäftigten sei in dem Überschuss berücksichtigt (siehe Seite 4 des Budgetberichtes).

Landrat Meinen informierte, dass die Tarifvertragsparteien vereinbart hätten, allen Beschäftigten, für die der TVöD Anwendung finde, die steuer- und sozialversicherungsfreie Corona-Sonderzahlung zu gewähren. Für die Beamten und die Beschäftigten der KVHS GmbHs, MKW etc. gelte der TVöD nicht, sodass die Sonderzahlung hier nicht anfalle.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel sprach sich dafür aus, z.B. den Mitarbeitenden der KVHS eine Sonderzahlung zukommen zu lassen. Sie fragte, ob die Honorarkräfte hiervon auch profitieren würden.

Landrat Meinen teilte mit, dass bezüglich der Gewährung einer Corona-Sonderzahlung an die Mitarbeitenden der KVHS GmbH bereits eine Beschlussfassung im Umlaufverfahren vorbereitet worden sei. Die Auszahlung müsse zwingend bis zum Jahresende erfolgen, um steuer- und sozialversicherungsfrei zu sein.

Abgeordneten Bargmann erklärte, dass die CDU-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung zustimme. Er wies darauf hin, dass sich in der Anlage zur Beschlussvorlage bei der Überschrift ein Zahlendreher eingeschlichen habe, richtig seien 2,17 statt 2,71 Mio. €).



Frau Saathoff war der Zahlendreher in der Anlage bekannt, die Summe werde richtig ausgewiesen, nur die Überschrift werde nicht korrekt dargestellt. Sie sagte eine Anpassung zu.

Der Gewährung einer außerplanmäßigen „Sonderzuwendung“ an die kreisangehörigen Kommunen in Höhe der Hälfte des nach dem Jahresabschluss 2020 in die Überschussrücklage einzustellenden Betrages, jedoch höchstens 3,5 Mio. €, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Antrag der CDU-Fraktion auf Senkung der Kreisumlage**
Vorlage: IX-AF/2020/034

Abgeordneter Bargmann wiederholte seine Ausführungen aus der Sitzung der Finanzausschusssitzung der letzten Woche, in der er bereits um Unterstützung des Antrages auf Senkung des Kreisumlagehebesatzes gebeten habe.

Der dritte Budgetbericht sei, wie in der Vergangenheit bereits öfter, sehr gut ausgefallen. Die Fehlbeträge der Vorjahre könnten mit diesem Überschuss abgebaut werden, sodass eine Senkung der Kreisumlage jetzt erfolgen müsse.

Es sei wichtig, über die Kreisumlagesenkung jetzt zu beschließen, um für die Haushaltsplanung der Gemeinden Planungssicherheit zu schaffen. Die Kreisverwaltung solle den Haushaltsentwurf unter Berücksichtigung der Kreisumlagesenkung (entspricht Mindererträge von ca. 6,5 Mio. €) erstellen.

Frau Saathoff verwies auf die vom Abgeordneten Bargmann angesprochene Planungssicherheit für die kreisangehörigen Kommunen. Diese Planungssicherheit benötige der Landkreis auch, um über eine Senkung der Kreisumlage sprechen zu können. Um einen Überblick über die finanzielle Situation des Landkreises zu haben, müsse der komplette Haushaltsentwurf 2021 mit seinen umfangreichen Pflichtaufgaben vorliegen. Die Haushaltsdaten der Gemeinden seien ebenfalls wichtig, um ein ausgewogenes Verhältnis der Finanzbeziehungen zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Kommunen herzustellen.

Abgeordneter Strömer schloss sich den Worten des Abgeordneten Bargmann an und forderte eine unverzügliche Umsetzung.

Abgeordneter Meyer machte deutlich, dass zunächst verlässliche Zahlen vorliegen müssen. Zum heutigen Zeitpunkt mache es keinen Sinn, eine Kreisumlagesenkung zu beschließen. Die Verzahnung der KiTa-Beteiligung mit der Kreisumlage halte er für unglücklich. Die KiTa-Vereinbarung werde zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden zurzeit neu verhandelt. Dieses Ergebnis und der Haushaltsentwurf der Verwaltung sollten abgewartet werden. Danach könne über eine Kreisumlagesenkung gesprochen werden.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel sagte, dass eine Kreisumlagesenkung von drei Punkten (ca. 6,5 Mio. €) viel sei. Man müsse gucken, in welchen Bereichen dann Einsparungen möglich seien, evtl. auch bei der eigentlich dringenden Straßenunterhal-



tung. Sie sprach erneut die bereits seit mehreren Jahren von ihrer Fraktion geforderte Einsparung von 10 % bei den Sach- und Dienstleistungen und sonstigen ordentlichen Aufwendungen an.

Abgeordneter Looden wies darauf hin, dass die AfD-Fraktion in der Vergangenheit auch bereits Anträge auf Senkung der Kreisumlage eingereicht habe und stimmte der Senkung zu.

Die Senkung der Kreisumlage höre sich gut an. Als Kreistagsabgeordneter müsse man jedoch die finanzielle Situation des Landkreises im Blick behalten, so **Abgeordneter Constant**. Es müsse ein gutes Miteinander zwischen Landkreis und Gemeinden geben.

In der Vergangenheit sei seitens der Verwaltung immer gesagt worden, dass die Fehlbeträge aus Vorjahren zunächst abgebaut werden müssen. Dieses sei mit dem voraussichtlichen Überschuss des dritten Budgetberichtes jetzt endlich möglich. Er sprach sich dafür aus, zunächst die Verhandlungen zur KiTa-Vereinbarung zwischen dem Landkreis und den Gemeinden abzuwarten. Danach könne eine genaue Abwägung erfolgen.

Abgeordneter Meyerholz erinnerte daran, dass er sich bereits seit dem Jahr 2006 für die Senkung der Kreisumlage einsetze. Das Altfehl könne jetzt abgebaut werden, sodass der von der Verwaltung angeführte Grund gegen eine Kreisumlagesenkung nicht mehr existiere.

Landrat Meinen war verwundert über die Diskussion. Es sei eine gute Tradition, dass man Entscheidungen erst dann treffe, wenn verlässliche Zahlen vorliegen. Niemand würde auf die Idee kommen, eine Steuererhöhung zu beschließen, wenn der Entwurf des Haushaltsplanes noch nicht vorliege. Er habe das Gefühl, dass die Meinung vorherrsche, dass der Landkreis die Gemeinden bei der ganzen Situation im Regen stehen lassen würde. Dieses sei insbesondere mit Blick auf die zuvor beschlossene Sonderzuwendung an die kreisangehörigen Kommunen definitiv nicht der Fall.

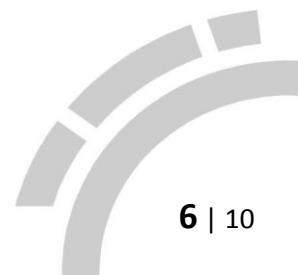
Die von der **Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel** vorgeschlagene pauschale Kürzung von 10 % sei so einfach nicht möglich. In den Haushaltsmitteln seien beispielsweise Mittel für die Schulen und die Schülerbeförderung enthalten.

Die Verwaltung befinde sich mitten in den Verhandlungen bezüglich der neuen KiTa-Vereinbarung. Er appellierte an die Ausschussmitglieder, das Ergebnis dieser Verhandlungen und den Haushaltsentwurf 2021 abzuwarten und dann erneut über eine Kreisumlagesenkung zu sprechen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel äußerte ihren Unmut darüber, dass der dritte Budgetbericht immer besser ausfalle als laut Haushaltsplanung vorgesehen. Dieses Geld werde der politischen Entscheidung entzogen. Es werde der Politik die Möglichkeit, etwas zu bewegen und zu gestalten, genommen.

Landrat Meinen machte deutlich, dass im Frühjahr niemand mit einem Überschuss von 14 Mio. € gerechnet habe. Hierbei handele es sich nicht um den Verdienst des Landkreises, sondern überwiegend um Ausgleichsleistungen des Bundes und des Landes zur Bewältigung der Corona-Pandemie.

Anstatt einer Senkung der Kreisumlage hätten sich der Landkreis und seine kreisangehörigen Kommunen im Rahmen der Haushaltsberatungen 2020 darauf verständigt,



dass der Landkreis für das Jahr 2020 den Garantiebetrag aus der KiTa-Vereinbarung auf 3.258.000 € (1,5 % - Punkte Kreisumlage) erhöhe. Mit der heute beschlossenen Sonderzuwendung würden weitere 1,036 % - Punkte (2,25 Mio. €) an die Gemeinden weitergegeben werden. Er appellierte erneut, erst das vollständige Zahlenwerk für 2021 abzuwarten und dann über eine Kreisumlagesenkung zu beraten.

Abgeordneter Bargmann wies darauf hin, dass der Landkreis in den vergangenen Jahren oftmals hohe Überschüsse erwirtschaftet habe. Die Weitergabe an die Gemeinden über die KiTa-Vereinbarung sei nicht der richtige Weg. Es sei immer gesagt worden, wenn das Altfehl abgebaut sei, werde als erstes über die Kreisumlagesenkung gesprochen. Der Haushaltsplan 2021 solle bereits mit geringeren Erträgen von 6,5 Mio. € aufgestellt und dann gemeinsam beraten werden. Der Empfehlungsbeschluss sollte heute gefasst werden. Nach Vorlage des Haushaltsentwurfes sei es seiner Meinung nach zu spät.

Abgeordnete Harms sprach sich dafür aus, den Haushaltsplanentwurf 2021 abzuwarten und dann über den Antrag der CDU-Fraktion zu beraten.

Abgeordneter Strömer plädierte für eine Senkung der Kreisumlage.

Landrat Meinen fasste zusammen, dass die Standpunkte der Anwesenden gar nicht so weit auseinanderliegen würden. Es bestehe in erster Linie Uneinigkeit bei dem richtigen Zeitpunkt. Er habe in der Vergangenheit bereits viele Haushaltspläne aufgestellt. Er gab zu bedenken, dass die Haushalte der Gemeinden oft auch besser ausgefallen seien, als geplant.

Abgeordneter Strömer beantragte eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Diesem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Die Sitzung wurde von 15.39 bis 15.50 Uhr unterbrochen.

Abgeordneter Bargmann war der Meinung, dass der Zeitpunkt über den Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen, jetzt richtig sei. Er beantragte die Abstimmung über den Antrag. Die Verwaltung sollte einen Haushaltsentwurf unter Berücksichtigung dieser Kreisumlagesenkung erstellen.

Die Kreisumlage des Landkreises Aurich wird ab 2021 um 3 Kreisumlagepunkte (ca. 6,5 Mio. €) gesenkt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 0

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 9 **Erste Beratung des Haushaltsplanes 2021 (Vorstellung des Investitionsplanes)**

Frau Saathoff erläuterte die farblichen Markierungen in dem zu Beginn der Sitzung verteilten Investitionsplan (Anlage 1) und machte Ausführungen zu den Investitionen des Inneren Dienstes und der Zentralen Finanzverwaltung.

Die Krankenhausfinanzierung (I20-00-002) sei aufgrund eines Sonderprogramms des Landes Niedersachsen von 2,78 Mio. € auf 2,92 Mio. € erhöht worden. Aufgrund der Auflösung der kommunalen Anstalt des Jobcenters (Jobcenter kAÖR) zum 01.01.2021 werde die Stammeinlage in Höhe von 25.000 € an den Landkreis zurückgezahlt (I20-12-001).

Die Investitionen des Technischen Gebäudemanagements, des Schulamtes und des Amtes für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche würden von den anwesenden Amtsleitungen vorgestellt werden.

Herr Bartelt führte zu den Veränderungen bei den Investitionen des Technischen Gebäudemanagements (Investitionsnummern beginnend mit I23) ausführlich aus.

Abgeordneter Bargmann erkundigte sich, ob es richtig sei, dass die ehemaligen Schüler der IGS Waldschule Egels, die jetzt in die IGS Aurich umgezogen seien, in renovierungsbedürftigen Klassenräumen untergebracht seien. Fraglich sei, ob für die Renovierung entsprechende Haushaltsmittel eingeplant seien.

Herr Bartelt informierte, dass in den Räumlichkeiten der IGS Aurich kein dringender Renovierungsbedarf bestehe. Natürlich handele es sich bei den Räumen für die Schüler aus Egels nicht um Neubauten. Sie seien also nicht vergleichbar mit dem gerade geöffneten Trakt. Es handele sich um routinemäßige Renovierungsarbeiten, die auch entsprechend eingeplant seien.

Herr J. Kleen ergänzte, dass die Klassenzimmer auch nicht schlechter seien als in der IGS Waldschule in Egels. Im zehnten Jahrgang der IGS Aurich sei auch gerade frisch gestrichen worden, Smartboards seien installiert worden. Das könne evtl. noch in den Weihnachtsfeiern im neunten Jahrgang passieren.

Auf die Frage der **Abgeordneten Harms**, ob für die Anschaffung von Belüftungssystemen in den Schulen Mittel eingeplant seien, antwortete **Herr Bartelt**, dass diese Thematik zurzeit gemeinsam mit den Schulen geprüft werde.

Frau Saathoff informierte über die Haushaltsansätze des Ordnungsamtes (u.a. Maschinenreinigunggerät, Schaumdesinfektionsanlage).

Herr J. Kleen erläuterte detailliert die Ausstattung der kreiseigenen Schulen im Finanzhaushalt gemäß der Anlage 2 (Investitionsnummern mit I40).

Herr Hayen führte zu den Haushaltsansätzen des Amtes für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche aus (Investitionsnummern mit I66). Die Förderung durch das Land (NGVFG) habe sich seit dem Haushaltsjahr 2020 von 60 auf 65 Prozent erhöht.

Im Zusammenhang mit dem Umbau der Kreuzung Fischteichweg/K 111/Hafenstraße (I66-13-006) sei die Erneuerung der Straße in Richtung Kirchdorf vorgesehen.

Abgeordneter Meyerholz fragte nach, ob die Kreuzung Fischteichweg jetzt endlich umgebaut werde, die Maßnahme stehe schon seit vielen Jahren im Plan, werde aber immer wieder verschoben.

Herr Hayen informierte, dass geplant sei, das für diesen Umbau vorgesehene Planfeststellungsverfahren bis Mitte Januar einzureichen, sodass im nächsten Jahr mit der



Baumaßnahme begonnen werden könne. Auf die Frage der **Abgeordneten Harms**, welcher Zeitplan für das Planfeststellungsverfahren der K 111 bestehe, antwortete **Herr Hayen**, dass für diese Maßnahme kein Planfeststellungsverfahren erforderlich sei. Es handle sich lediglich um eine investive Erneuerung.

Für die Erneuerung von Radwegen solle mittelfristig ein Konzept erstellt werden und dem Ausschuss für Kreisentwicklung und Umwelt vorgestellt werden, so **Herr Hayen**.

Herr Hayen wies darauf hin, dass einige Haushaltsansätze für Radwegemaßnahmen auf die Folgejahre verschoben worden seien. Bei einigen Ansätzen müsse die farbliche Hinterlegung im Investitionsplan noch angepasst werden, da durch die o. g. erhöhte NGVFG-Förderung eine Verbesserung bei den Einnahmen erfolge.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei den investiven Haushaltsansätzen mit einer NGVFG-Förderung wurde bei den Bemerkungen ein Hinweis aufgenommen.

Herr Hayen ergänzte, dass der Ausbau des ZOBs bei der geplanten Zentralklinik im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Zentralklinik vorgesehen sei, die bei der Investitionsnummer I66-10-001 bisher für das Jahr 2022 eingeplanten Mittel für den Ausbau der Haltestelle Georgsheil seien aus dem Investitionsplan gestrichen worden. Der Ansatz für die Planungskosten für die Kreisstraßenerschließung zur geplanten Zentralklinik (I66-20-003) sei angepasst worden. Darüber hinaus seien bei dieser Investitionsnummer auch die vorbereitenden Arbeiten und Untersuchungen für den Bau der Erschließung ab 2023 eingeplant.

Die durchgeführte Prüfung der Brücken an der K 210 habe einen dringenden Erneuerungsbedarf ergeben. Schwerlastverkehre könnten die Brücken derzeit nur bedingt nutzen. Haushaltsmittel und Fördermittel in Höhe von 65 % seien bei der Investitionsnummer I66-21-004 eingeplant.

Frau Saathoff erläuterte kurz die Haushaltsansätze des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung.

Laut dem ersten Entwurf des Investitionsplanes würden die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit bei ca. 8 Mio. € und die Auszahlungen bei ca. 23,3 Mio. € liegen, sodass die Kreditaufnahme bei ca. 15 Mio. € liege. Die Nettoneuverschuldung betrage bei dieser Planung ca. 5,6 Mio. €

Abgeordneter Strömer erkundigte sich nach dem aktuellen Schuldenstand.

Frau Hanekamp informierte, dass der investive Schuldenstand zurzeit bei rund 150 Mio. € liege. Sofern die Aufnahme von Krediten in Höhe aller Haushaltseinnahmereste erforderlich werde, betrage der Schuldenstand voraussichtlich rund 200 Mio. €.

Vorsitzender Gossel bedankte sich für die Erläuterung des Investitionsplanes.

Abgeordneter Meyer wies im Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion unter TOP 8 darauf hin, dass sie nicht gegen eine Senkung der Kreisumlage seien. Ausschlaggebend für die Ablehnung des Antrages sei gewesen, dass ohne Vorlage des kompletten Haushaltsplanes 2021 hierüber nicht entschieden werden könne, der Zeitpunkt sei jetzt nicht richtig.

Antrag der Fraktion Freie Wähler auf Vorabausgleich des Defizits der Musikschule

Abgeordneter Strömer erkundigte sich nach dem Antrag, der am 30. November 2020 eingereicht worden sei.

Landrat Meinen sagte, dass der Antrag für diese Sitzung nicht fristgerecht eingegangen sei und zu gegebener Zeit behandelt werde.

TOP 11 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmenden um 16.31 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin